



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21881 - 33

Fernschreiber 0886890

P/XIII/184 - 16. August 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

|       |  |    |
|-------|--|----|
| 1     | Zwischenakt in der UNC<br>Im Hintergrund Vorbereitungen auf Gipfelkonferenz                | 33 |
| 2 - 3 | Propagandakrieg gegen wen?<br>Zur Thema: "Psychologische Verteidigung"<br>Von Willi Peters | 71 |
| 4     | Eisele-Skandal zieht weite Kreise<br>Undurchsichtige Erklärungen des Auswärtigen Amtes     | 36 |
| 5     | Ein Hobby wird kommandiert<br>SPD-Briefmarkensammeln in der Zone                           | 30 |
| 6     | Ja ja, die Pillen...<br>Atombomben ganz ungefährlich                                       | 32 |

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

Zwischenakt in der UNO

sp - Über das Wochenende werden zahlreiche Delegierte der UNO-Generalversammlung, die einen Ausweg aus der Nahost-Krise sucht, Kontakt mit ihren Regierungen aufnehmen, um die Autorisation für die Zustimmung zu einer Kompromisslösung einzuholen. Wie unser Korrespondent aus New York meldet, ist selten eine UNO-Generalversammlung so sehr auf das Motto "Kompromiss" abgestimmt gewesen, wie diese grosse von Eisenhower eingeleitete Diskussion über das Geschehen im Nahen Osten.

UNO-Generalsekretär Hammarskjöld agiert als einer der Hauptakteure im Hintergrund, und es besteht sogar die Aussicht, dass es ihm gelingt, in kürzester Zeit eine Einigungsformel zu finden, die es zulässt, dass Ost und West ihre Zustimmung geben. Hierbei scheint jetzt schon klar zu sein, dass mit Zustimmung von Moskau und Washington die UNO als Institution für alle möglichen Regelungen im Nahen Osten federführend wird. Wenn Hammarskjöld das schafft, dann hätte die UNO seit der Suez-Krise ihre zweite grosse Bewährungsprobe bestanden, ein Erfolg, der für die weitere Entwicklung der Weltpolitik von unschätzbbarer Bedeutung sein könnte.

Diese scheinbar überraschende "Lösung" der Nahost-Krise hat sehr reale Ursachen. Moskau und Washington sind während der kritischen Wochen trotz zahlreicher heftiger Angriffe aufeinander stets benachbart geblieben, irgend- eine Plattform für das Zustandekommen der seit Monaten geplanten Gipfelkonferenz zu erhalten. Auf beiden Seiten ist man sich darüber klar, dass die Lösung der Ost-West-Probleme nicht im Rahmen einer Auseinandersetzung über das Geschehen im Nahen Osten gefunden werden kann. Moskau und Washington wissen vielmehr gleichermaßen, dass mehr auf dem Spiele steht als lediglich ihre politische oder militärische Einflussnahme an diesem Punkt der Welt. Deshalb werden gerade jetzt während des Tauziehens um eine Kompromisslösung zur Bereinigung der Nahost-Krise die Fäden viel weiter gesponnen, und es sollte nicht verwundern, wenn die Weltpresse bald wieder mit Kommentaren über das "Gipfelgespräch der Grossen" angefüllt ist.

Hier zeigt sich auch wieder der Ansatzpunkt für die deutsche Politik und die Lösung des Deutschlandproblems, das ohne Zweifel - direkt oder indirekt - bei den zu erwartenden Treffen der Grossen eine nicht unwesentliche Rolle spielen wird.

## Propagandakrieg gegen wen?

Von Willi Peters

Im Bulletin der Bundesregierung vom 12. August ist eine Stellungnahme von Verteidigungsminister Strauss zur Frage einer "psychologischen Verteidigung" der Bundesrepublik abgedruckt, die ursprünglich in der CDU-nahen "Politisch-Sozialen Korrespondenz" erschienen war. Es wird dabei versucht, den Eindruck zu erwecken, als werde diese Frage, angeregt durch "zahlreiche ausländische Veröffentlichungen", in der Bundesrepublik bereits lebhaft diskutiert und als sähe sich der Herr Minister nunmehr selbst veranlasst, dazu seine, in dieser Frage gewiss nicht unmassgebliche Meinung zu äussern. Dieser Eindruck entspricht jedoch nicht den Tatsachen. Wenn jemals ein Diskussionsthema, an dessen Popularisierung die Regierung interessiert ist, in die Öffentlichkeit lanziert wurde, dann in diesem Falle. Denn die ersten Veröffentlichungen zur Frage der Schaffung einer Institution für die "psychologische Verteidigung" erfolgten sämtlich in getarnten CDU-Publikationen oder durch die Initiative des Verteidigungsministeriums und stimmen in den Formulierungen weitgehend miteinander überein. Wenn man sich also mit diesem Thema jetzt beschäftigt, so sollte man sich darüber klar sein, dass man es hier mit einer Initiative der CDU/CSU zu tun hat.

Natürlich ist der Abwehrkampf gegen den Kommunismus und seine vielfältigen Infiltrierungsversuche auch für die Bundesrepublik ein Problem von grosser Bedeutung. Aber nicht erst seit heute und gestern. Wer erinnert sich nicht der Jahre, als die Kommunistische Partei, durch die Besatzungspolitik der Westmächte hoffähig gemacht, eine wirkliche Gefahr für den Aufbau der freiheitlichen Demokratie in Deutschland darstellte? Wer denkt nicht an die Zeit des Kalten Krieges, als hintergründige Organisationen, zum Teil von Besatzungsmächten finanziert, mit dem Aufbau von Partisanengruppen beschäftigt waren, weil man mit der Möglichkeit eines sowjetischen Vormarsches nach dem Westen rechnete? In diesen schweren Jahren trug die deutsche Sozialdemokratie unter Führung von Kurt Schumacher die Hauptlast des Abwehrkampfes und stellte gemeinsam mit den Gewerkschaften - wie heute vor allem im westlichen Ausland immer wieder bestätigt wird - einen Faktor in der deutschen Politik dar, von dem Mut, Zuversicht und ein unzerstörbarer Freiheitswille ausging.

In jener Zeit schon wurde die Kommunistische Partei zur Bedeutungslosigkeit einer kleinen politischen Sekte verurteilt. Und als die Bundesregierung das Verbot der Kommunistischen Partei forderte, war das Rück-

trat des deutschen Kommunismus dank dem Freiheitswillen der organisierten deutschen Arbeiterschaft längst gebrochen.

Nun gibt es in der Bundesrepublik eine Reihe von Tarnorganisationen, die zwar weltanschaulich den Kommunismus nicht vertreten, jedoch die Auf-  
rüstungs- und Atompolitik Adenauers bekämpfen und in dem Verdacht stehen, von östlicher Seite gefördert zu werden. Unseres Wissens sind alle diese Organisationen den für ihre Überwachung zuständigen Stellen bestens be-  
kannt. Es sollte also ein Leichtes für die Bundesregierung sein, die in den Tarnorganisationen östlicher Prägung agierenden Kommunisten oder Halbkommunisten zu stellen und ihnen das Handwerk zu legen.

Aber das wäre für die Herren Strauss und Schröder wahrscheinlich zu einfach. Die Bundesregierung und die CDU brauchen ganz offenbar eine neue Plattform, um unter dem Stichwort "Antikommunismus" gegen alle diejenigen zu Felde ziehen zu können, die ohne kommunistenverdächtig zu sein, die Rüstungs- und Atompolitik eben dieser Bundesregierung in Wort, Schrift und durch Aktionen bekämpfen. Es ist dies dieselbe Methode, nach der man einstmals in den Vereinigten Staaten dem berüchtigten Senator McCarthy einen Freipass zur Beschnüffelung und offenen Bekämpfung aller derjenigen gab, die an der auf rein militärische Aktionen abgestimmten Aussenpolitik der USA etwas auszusetzen hatten. Der McCarthy der USA ist inzwischen gestorben und der McCarthismus auch. In der Bundesrepublik soll dieser McCarthismus augenscheinlich jetzt amtlich organisiert werden.

Der Schriftsteller Robert Jungk hat in eindrucksvoller Weise auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die der Freiheit drohen, wenn in einem Land das ganze öffentliche Leben mit dem Hinweis auf die angeblich notwendige atomare Rüstungspolitik unter Druck gesetzt wird. Was uns jetzt von Herrn Strauss unter dem Schlagwort "psychologische Verteidigung" serviert werden soll, ist die Plattform, von der aus jede Opposition gegen die Adenauer-Politik mit der psychologischen Rakete des primitiven Antikommunismus beschossen werden kann. Kein überzeugter Demokrat wird etwas gegen die notwendige aggressive Auseinandersetzung mit totalitären Staats-  
läsen gleich welcher Art einzuwenden haben. Er muss aber seiner demokratischen Grundhaltung wegen zur äussersten Abwehr bereit sein, wenn irgendjemand versucht, mit falschen Vokabeln und falschen Begriffen eben diese Freiheit zu zersetzen.

Eisele-Skandal zieht weite Kreise

ep - Was in diesem Pressedienst schon unmittelbar nach dem erneuten Verschwinden des KZ-Arztes Eisele in Kairo ausgesprochen wurde - dass nämlich das Auswärtige Amt einen guten Teil Schuld an der Verzögerung des Auslieferungsbegehrens trägt - musste jetzt vom Aussenministerium zugegeben werden. Vom 28. Juli, als das Bundesjustizministerium die Unterlagen für den Auslieferungsantrag an das Auswärtige Amt übermittelte, bis zum 9. August liess man sich Zeit. An diesem Tage stellte die deutsche Botschaft in Kairo den Antrag auf Auslieferung, und am gleichen Tage meldete die Presse die zweite Flucht des KZ-Arztes.

Die Karten liegen nun auf dem Tisch. Dass sie endlich einzusehen sind, ist nicht etwa der besonderen Pressefreudigkeit des Auswärtigen Amtes zu verdanken, sie mussten erst von einer Zeitung aufgedeckt werden. In die Kette der Fahrlässigkeiten, der undurchsichtigen Manöver und der widerspruchsvollen Erklärungen, die bei der Münchener Kriminalpolizei und dem bayerischen Justizministerium ihren Anfang nahmen, reiht sich das Auswärtige Amt würdig ein. Wusste man dort nicht, dass nach internationalen Gepflogenheiten die vorläufige Auslieferungshaft auf einundzwanzig Tage befristet ist und dass innerhalb dieser Zeit der Antrag auf Auslieferung gestellt sein musste? Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes hatte selbst von dieser Frist gesprochen. Inzwischen will man davon nichts mehr wissen.

Fast sieht es so aus, als hätten die ägyptischen Behörden, die Eisele das Untertauchen vielleicht ermöglichten, mit dem geheimen Einverständnis irgendeiner Stelle in der Bundesrepublik gerechnet. Aber die deutsche Öffentlichkeit kann sich damit nicht zufrieden geben. Sie stellte mit Entsetzen fest, dass dreizehn Jahre nach Kriegsende immer noch straflos Mörder unter uns leben dürfen, dass sie ihre ärztliche "Kunst", die sie zur Vernichtung von Menschenleben benutzt hatten, weiter ausüben können. Sie verlangte entschieden, dass die Sühne, wenn auch spät, nun endlich nachgeholt werde. Und sie muss nun sehen, dass deutsche Behörden in einem sich demokratisch nennenden Staat mit undurchsichtigen Erklärungen von den wirklichen Tatbeständen abzulenken versuchen. Feststeht, dass diese Behörden nicht alles getan haben, um des kriminellen Eisele habhaft zu werden.

### Ein Hobby wird kommandiert

K.J. Auch die Philatelie wird in der Zone an die Parteikandare genommen. Briefmarkensammeln ist kein reiner Privatspass mehr, sondern wird nach der SED-Sprachregelung zur "sozialistischen Aufgabe". Die SED drängt sich auch ins häusliche Hobby der Bürger, für das sie gerade noch einen letzten Freizeitwinkel übrig hatten.

Der Kummer beginnt für die Philatelisten beim Markentausch mit dem Ausland: höchstens vier Marken eines Satzes dürfen in eine Tauschsendung kommen, besondere Prüfstellen müssen erst ihr Jawort zu einer solchen "Transaktion" geben. Mehr als zehn Sonderpostwertzeichen darf keiner kaufen, weil das den "illegalen Handel" begünstigen könnte. Für die Zonenphilatelisten stirbt so die begehrte Bogenware aus.

Alles das ginge noch an, wäre nicht die "Zentrale Kommission Philatelie", die nur den Sammlern vorschreiben will, was sie zu sammeln haben und was nicht. So hat man nur abwertende Worte für die klassischen Sammelobjekte übrig und drängt auf sogenannte Motivsammlungen aus dem angeblich "sozialistischen Lager". Gefeierte werden die ausgesprochen politischen Marken, die bunten Reminiszenzen zu irgendwelchen Staatsfeiertagen, die Briefmarkenköpfe von Altkommunisten von Peking bis zur Elbe. Die "Blaue Mauritius" ist nichts im Vergleich zum jugendfrischen Kopf des alten Pieck. Die philatelistischen Politruks postulieren streng: "Auch durch das Mittel der Briefmarke müssen wir ein offenes Bekenntnis zum sozialistischen Aufbau in unserer Deutschen Demokratischen Republik, zur Entwicklung und Förderung einer humanistischen sozialistischen deutschen Kultur ablegen."

Ein Hobby kommt unter den Parteihammer - wie immer mit pseudosozialistischen Perlen.

+ + +

Ja ja, die Pillen...

sp - Es gibt Pillen für und gegen alles Mögliche. Für die Schönheit, gegen den Haarausfall, für das Schlankwerden und gegen das Dickwerden. Kürzlich kam aus dem Land der unbegrenzten Möglichkeiten die frohe Kunde, daß es auch Pillen gegen die Atomstrahlung gibt. Wer sie einnimmt, könne gewiß sein - so sagte ein Wissenschaftler, oder war es ein Apotheker? - daß er in einem Atomkriege nicht mit dem Schlimmsten zu rechnen habe. Natürlich nur dann, wenn die Bombe nicht direkt auf ihn fällt. Aber wenn man die Pillen geschluckt hat und etwas abseits von der Einschlagstelle der Bombe steht, also "nur" Strahlungen ausgesetzt werde, dann, ja dann sei Hoffnung vorhanden.

Diese Nachricht ging über alle westlichen Nachrichtenagenturen und stand auch in vielen Zeitungen genau an dem gleichen Tage, an dem die Meldung verbreitet wurde, daß es den Amerikanern gelungen sei, mit einem Atom-Unterseekboot unter den Nordpol zu fahren. Beides zusammen nennt man "Psychologische Kriegsführung". Die Pille gegen die Atomstrahlung und den Unterwassersieg über den Nordpol. Nach dem Motto: Wir haben's geschafft, uns kann keiner!

Jedoch, die Freude dauerte nicht lange. Auf dem Internationalen Kongreß für Strahlungsforschung in Burlington (USA) haben namhafte amerikanische Wissenschaftler vor falschen Hoffnungen auf die Anti-Strahlungspillen gewarnt. Prof. Dr. Walter Gordy sagte, man könne Wasserstoffbomben in immer größerer Form herstellen "und auch schneller als man größere Pillen entwickeln kann."

Es ist anzunehmen, daß man jetzt kaum noch etwas von der Anti-Atom-pille hören wird. Sie dürfte genau so schnell in der Versenkung verschwinden, wie jenes von dem jetzt verabschiedeten amerikanischen Atom-bombeneinpeitscher Prof. Teller in die Welt gesetztes Märchen von der "sauberen Wasserstoffbombe". Allerdings fehlt noch der CDU-Bundestags-abgeordnete Prof. Pascual Jordan mit einem Pillengutachten. Wahrscheinlich hat er schon seit langem herausgefunden, daß man die amerikani-sche Pille nur noch etwas zu verbessern brauche, um nach einem Wasser-stoffbomben-Angriff verjüngt und verschönt in eine neue Welt zu blicken.